

Stellungnahme TOP Anschlussunterbringung GR 22.06.17

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Anmietung des Hotels Atlanta scheint auf den ersten Blick perfekt, um das Problem der Anschlussunterbringung für die erwartete hohe Zahl an Asylbewerbern in Schwetzingen zu lösen, wenn vielleicht auch nur für dieses und nächstes Jahr.

Bei genauerem Hinsehen ergeben sich aber auch Fragen und kritische Anmerkungen zu dem Thema:

1. Grundsätzlich – und da sind sich wohl alle einig, ist es eher suboptimal, weiterhin so viele Flüchtlinge, immerhin bis zu 130! – auf so engem Raum unterzubringen!

Diese Anmerkung sei erlaubt, auch wenn die CDU-Fraktion natürlich weiß, dass es auf dem angespannten Schwetzinger Wohnungsmarkt wenige bis gar keine Alternativen dazu gibt! Deshalb unsere dringende Bitte, dass der neue Integrationsbeauftragte sich an dieser Stelle massiv engagiert und Präsenz zeigt!

Ziel sollte sein, dass das Hotel Atlanta für die neuen Bewohner eher Zwischenstation auf dem Weg in den normalen Wohnungsmarkt ist, denn Dauerbleibe!

2. Der Mietpreis für das Objekt liegt in der Höhe der bisher von der Stadt angemieteten weiteren Objekte. Bleibt zu hoffen, dass dafür auch eine vergleichbare adäquate Wohnqualität angemietet wird und nicht noch zusätzliches Geld seitens der Stadt für Renovierungs-Maßnahmen erforderlich ist!
3. Der Zuschussbedarf in Höhe der veranschlagten 171.000 € p.a. gilt nur für die angenommene Vollbelegung. Sollten weniger Flüchtlinge als erwartet kommen, steigt der Zuschussbedarf aufgrund gleich bleibender Fixkosten bei geringeren Zuschüssen von Bund und Land!
4. Die kommenden Kosten für Inventar, das dem RNK abgekauft werden soll, und den Hausmeisterservice sind offenbar noch nicht bekannt, aber vielleicht sind sie abzuschätzen? Warum hat der GR hier noch nicht einmal eine ungefähre Schätzung vorliegen? Ebenso geht aus der Vorlage leider nicht hervor wie die Gesamtfinanzierung haushaltstechnisch ablaufen soll? Der GR soll eine „außerplanmäßige Genehmigung“ im Rahmen des Unterabschnitts 1130 erteilen, steht dafür ausreichend Geld zur Verfügung oder werden die Kosten im Nachtragshaushalt abgebildet?

Die CDU-Fraktion hätte diese Fragen gerne noch beantwortet, ist aber mangels Alternativen grundsätzlich bereit, zuzustimmen.